

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 48-49/75

Berlin

5. Dezember 1975

42. Jahrgang

*Wagner*

### Wie soll sich die Deutsche Bundesbank 1976 verhalten?

*Vor einem Jahr gab die Deutsche Bundesbank erstmals ein quantitatives Ziel ihrer Geldpolitik bekannt. Anfang Dezember 1974 erklärte sie, daß „ein Wachstum der Zentralbankgeldmenge im Jahresverlauf 1975 um etwa 8 % als stabilitätspolitisch vertretbar erscheinen (könnte)“. Da die mit dieser Entscheidung begonnene „Verstetigungsstrategie“ mittelfristig orientiert ist, können die im Jahre 1975 gesammelten Erfahrungen nicht als Widerlegung des neuen geldpolitischen Experiments angesehen werden. Deshalb sollte die Bundesbank an dem damals eingeschlagenen Kurs festhalten. Allerdings heißt Verstetigung der Geldpolitik nicht Konservierung einer einmal gewählten Expansionsrate. Anpassungen an grundlegend neue stabilitäts- und wachstumspolitische Bedingungen dürfen nicht ausgeschlossen sein. Gegenwärtig spricht vieles dafür, in das Jahr 1976 mit der bisherigen Expansionsrate von 8 vH zu gehen. Sollte sich jedoch die Konjunktur im Laufe des kommenden Jahres gefestigt haben, so könnte eine maßvolle Revision des monetären Ziels angebracht sein.*

#### Geldpolitische Zwischenbilanz

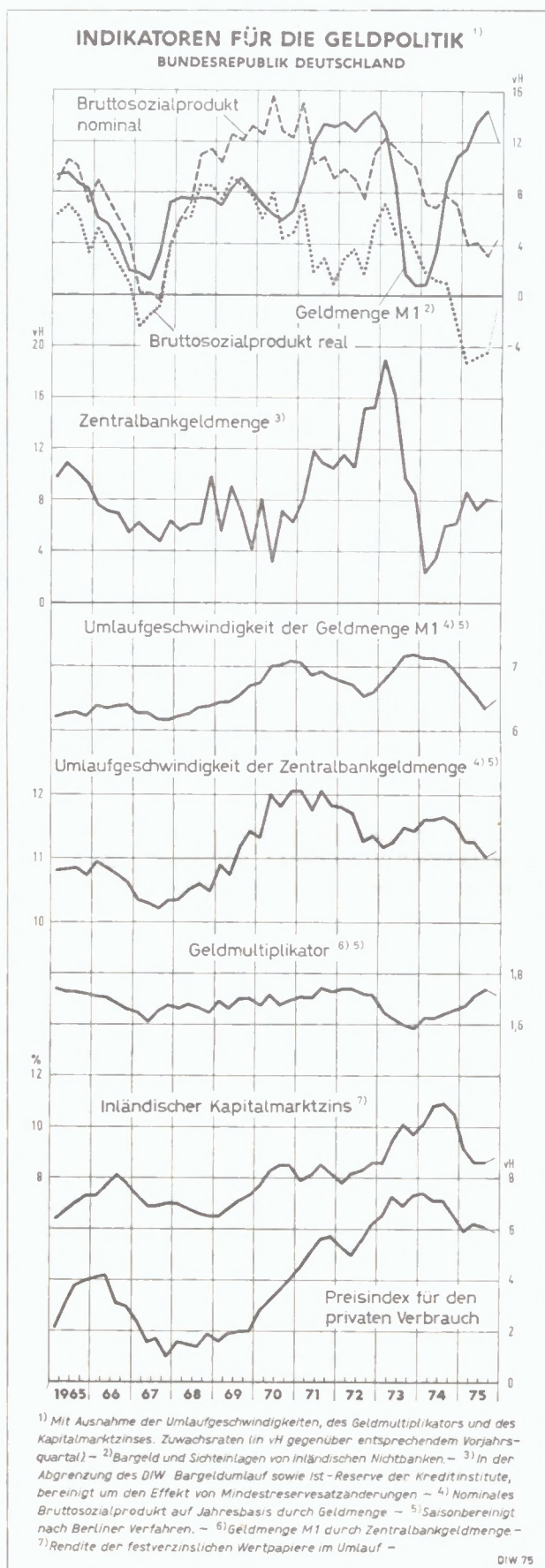
Das Ziel der Bundesbank, die laufende Rate der Expansion der Zentralbankgeldmenge von 6 vH im Jahre 1974 auf etwa 8 vH zu heben, ist erreicht worden. Im vierten Quartal 1975 dürfte die Zentralbankgeldmenge das Vorjahrsergebnis um mehr als 8 vH übertroffen haben. Allerdings ergibt sich im Durchschnitt des Jahres 1975 gegenüber 1974 nur eine Expansionsrate von 7 1/2 vH (1974: 6,2 vH).<sup>1</sup>

Diese Politik sollte dazu beitragen, „daß die Preissteigerungsrate schrittweise abgebaut und gleichzeitig dem angestrebten realen Wachstum der Wirtschaft der notwendige Spielraum eingeräumt wird“. Dem stabilitätspolitischen Ziel ist die westdeutsche Wirtschaft in diesem Jahre nähergerückt. Dagegen ist das wachstumspolitische Ziel verfehlt worden: Im Winterhalbjahr 1974/75 verfiel die Auslandsnachfrage so rasch, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion ungewöhnlich stark schrumpfte. Deshalb überrascht es nicht, daß trotz der stärkeren Ausweitung und Verbilligung des Angebotes an Zentralbankgeld die

private Kreditnachfrage bis weit in das Jahr 1975 hinein sehr schwach blieb. Die Unternehmen nutzten die durch die expansive Geldpolitik geförderte Kapitalzinsenkung überwiegend nicht zur Finanzierung zusätzlicher Investitionen, sondern zur Tilgung kurz- und mittelfristiger Kredite, also zur Konsolidierung ihrer finanziellen Position.

Angesichts dieses „Mißerfolges“ der Geldpolitik ist es nicht verwunderlich, wenn der Bundesbank vorgeworfen wird, sie sei zu spät und nicht entschieden genug auf Expansionskurs gegangen; eine

<sup>1</sup> Die von der Bundesbank gewählte Definition der „Zentralbankgeldmenge“ ist wegen des Festhaltens an den Mindestreservesätzen eines frei zu wählenden Basiszeitraums theoretisch anfechtbar. Aus pragmatischen Gründen ist sie jedoch in der Tabelle – und damit auch bei der monetären Zielprojektion – verwendet worden. Der Graphik hingegen liegt die „Zentralbankgeldmenge“ in der Abgrenzung des DIW, die internationalem Brauch entspricht, zugrunde. Die hier dargestellten Reihen des „Geldmultiplikators“ sowie der „Zuwachsraten“ und der „Umlaufgeschwindigkeit“ der Zentralbankgeldmenge weichen deshalb von den entsprechenden Angaben in der Tabelle ab.



schnellere und noch weiter gehende Zinssenkung wäre geboten gewesen. Wer sich dagegen primär nicht an den Zinssätzen oder an der Zentralbankgeldmenge orientiert, sondern die Geldmenge M1 für die entscheidende monetäre Größe hält, wird zu dem völlig entgegengesetzten Urteil gelangen, die Bundesbank habe schon den Keim einer neuen Inflation gelegt. Tatsächlich jedoch sind beide Urteile fragwürdig.

Seit zwei Jahren nimmt das Geldvolumen M1 schneller zu als die „Basis“ der monetären Expansion, nämlich die von der Bundesbank bereitgestellte Zentralbankgeldmenge. Der sogenannte Geldmultiplikator wird also größer. Dieser Prozeß hat sich beschleunigt. Im Herbst vorigen Jahres wurden Expansionsraten von 10 vH erreicht, und in den Monaten August bis Oktober 1975 lag die Geldmenge M1 um 16 vH über dem Vorjahrsniveau.

Die These, damit sei wieder ein beträchtliches Inflationspotential aufgebaut worden, wird allerdings erheblich relativiert, wenn man die Geldmenge M1 auf die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben, zum Beispiel auf das nominale Bruttosozialprodukt, bezieht. Denn dann erweist sich, daß die kräftige Aufstockung der Geldbestände mit einer Normalisierung der Kassenhaltung einherging: 1973 trieb die Bundesbank durch eine drastische Restriktionspolitik die Zinssätze für Termineinlagen und Kredite extrem hoch; auch auf den Wertpapiermärkten zogen die Renditen kräftig an. Die Haltung von Geld wurde so teuer, daß sich Unternehmen und Haushalte bemühten, mit sehr viel weniger Geld für ihre Transaktionszwecke auszukommen. Die „Umlaufgeschwindigkeit“ — oder besser: der „Auslastungsgrad“ — der Geldmenge stieg erheblich. 1974 kehrte sich dieser Prozeß um. Zunächst sanken die Zinssätze für Termingelder, später gaben auch die Zinsen für Bankkredite und die Renditen für festverzinsliche Wertpapiere nach. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ging wieder zurück. Im dritten Quartal 1975 erreichte sie das Niveau vom Rezessionsjahr 1967. Allerdings ist unverkennbar, daß — vor allem wohl als Folge des „technischen Fortschritts“ im Zahlungs- und Kreditverkehr — die Umlaufgeschwindigkeit im letzten Jahrzehnt tendenziell gestiegen ist. So gesehen war sie im Sommer dieses Jahres relativ klein. Trotzdem wäre es verfehlt, hierin die Vorboten einer neuen Inflation zu sehen: Die relativ hohe Kassenhaltung war vielmehr Ausdruck einer durch die allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit bedingten „Liquiditätsvorliebe“ von Haushalten und Unternehmen. Im dritten Quartal kam hinzu, daß sich die Liquiditätsneigung infolge der Ungewißheit über die künftige Entwicklung des Kapitalzinses verstärkt hat.

Zu einer entgegengesetzten Interpretation der im Jahre 1975 verfolgten Geldpolitik gelangt man, wenn

die Kreditzinsen als relevante geldpolitische Indikatoren herangezogen werden: 1967 waren für Kontokorrentkredite 7 bis 8 % verlangt worden; die Rendite festverzinslicher Wertpapiere hatte bei 7 % gelegen. Im Herbst 1974 dagegen kosteten kurzfristige Bankkredite noch 11 bis 14 %, und im Sommer 1975 immerhin noch 8 bis 11 %. Der Kapitalmarktzins betrug im Herbst 1974 11 %; im Sommer dieses Jahres sank er kaum unter 8 1/2 %. Die Kreditkosten waren also im Vergleich zu den aus Investitionen zu erwartenden Erträgen meist zu hoch. Hätte die Bundesbank deshalb nicht die Expansionsrate der Zentralbankgeldmenge von vornherein höher ansetzen oder zumindest im Laufe des ersten Halbjahres 1975 nach oben revidieren sollen, um den Prozeß der Zinssenkung zu beschleunigen?

Wer so argumentiert, übersieht allerdings, daß die Bundesbank mit einer Revision des geldpolitischen Ziels gegen das Prinzip der Verstetigung verstoßen hätte. Eine diesem Grundsatz verpflichtete Politik ist auf die Stabilisierung der Erwartungen von Haushalten, Unternehmen und Finanzierungsinstituten gerichtet. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, daß die Bundesbank glaubwürdig bleibt. Diese Glaubwürdigkeit wäre mit Sicherheit erschüttert worden, wenn der im Dezember 1974 gefaßte Beschluß, die Zentralbankgeldmenge um 8 vH auszuweiten, schon nach wenigen Monaten umgestoßen worden wäre.

Zu einer Verstetigungsstrategie gehört aber auch eine Politik, die zur Stabilisierung der Erwartungen auf den Kapitalmärkten beiträgt. Sicherlich hätte der Kapitalzins durch eine forcierte monetäre Expansionspolitik in der ersten Jahreshälfte unter 8 % gedrückt werden können. Einer solchen Aktion wäre aber voraussichtlich nur ein kurzfristiger Erfolg beschieden gewesen. Vermutlich wäre es bald zu einer Überreaktion gekommen, und es wäre ein sich selbst verstärkender Prozeß der Zinssteigerung ausgelöst worden, der nur schwer abzufangen gewesen wäre.

Für diese These spricht, daß die Kapitalmarktanleger immer wieder sehr empfindlich auf Änderungen der zu erwartenden Zinssätze reagieren und dabei die zu erwartenden Inflationsraten in ihr Kalkül einbeziehen. Als im Sommer dieses Jahres offenbar wurde, daß 1976 das öffentliche Defizit sehr viel größer sein wird, als ursprünglich veranschlagt worden war, befürchteten viele Wertpapieranleger, der Staat werde entweder den Kapitalmarkt überfordern oder sein Defizit mit inflatorischer Geldschöpfung finanzieren. Beide Fälle mußten Zinssteigerungserwartungen auslösen; die Anleger schränkten deshalb ihre Wertpapierkäufe ein. Obwohl die Bundesbank daraufhin mit massiven Anleihekäufen (fast 8 Mrd. DM) intervenierte, konnte sie nicht verhindern,

daß der Kapitalmarktzins wieder stieg. Als sich dann herausstellte, daß Zinssteigerungserwartungen ökonomisch nicht fundiert waren, konnte die Bundesbank ihre Interventionen einstellen. Vorübergehend kam es nun zwar zu einer Erhöhung des Zinses für öffentliche Anleihen; schon bald aber folgte ein allgemeiner Wiederanstieg der Kurse.

### Zur künftigen Geldpolitik

Seit einigen Monaten mehrten sich die Anzeichen, die auf eine baldige Aufwärtsbewegung der westdeutschen Wirtschaft deuten. Allerdings ist es immer noch ungewiß, ob es 1976 zu einem nachhaltigen Konjunkturaufschwung kommt<sup>2</sup>. Möglicherweise wird aber auch der Aufschwung so kräftig, daß die Erreichung des stabilitätspolitischen Ziels in Frage gestellt wird.

Bei der Entscheidung über den weiteren Kurs der Geldpolitik ist deshalb beiden Möglichkeiten Rechnung zu tragen. Gegenwärtig läßt sich nicht eindeutig entscheiden, ob die Wahl einer höheren Expansionsrate der Zentralbankgeldmenge als bisher, oder die Wahl einer niedrigeren Rate konjunkturgerecht ist. Eine höhere Rate könnte inflatorisch wirken; umgekehrt könnte eine niedrigere Rate den Aufschwung im Keim ersticken.

Aus diesen Gründen bietet sich — dem Prinzip der Risikominimierung entsprechend — ein mittlerer Weg an. Die Bundesbank sollte bekanntgeben, daß die Zentralbankgeldmenge bis auf weiteres mit einer laufenden Rate von 8 vH ausgeweitet wird. Allerdings müßte der Eindruck vermieden werden, mit der „Bestätigung“ der bisher angesteuerten Rate werde ein langfristig starrer Kurs der Geldpolitik „vorprogrammiert“. Deshalb sollte sich die Bundesbank vorbehalten, im Laufe des kommenden Jahres die geldpolitische Zielgröße gegebenenfalls maßvoll zu revidieren.

Eine solche Klausel stünde nicht im Widerspruch zu einer Verstetigungsstrategie: Kurzfristig sind die Zusammenhänge monetärer Vorgänge mit Nachfrage, Produktion und Preisniveau, wie sich gerade 1975 gezeigt hat, bei weitem nicht so eng wie mittel- und langfristig. Abrupte Schwenkungen des geldpolitischen Kurses stehen daher nicht nur im Widerspruch zum Verstetigungsziel, sondern führen darüber hinaus häufig dazu, antizyklisch gemeinte Maßnahmen — mit Verzögerung — prozyklisch wirken zu lassen. Daraus folgt aber nicht, daß eine Verstetigung der Geldpolitik gleichbedeutend ist mit einem Verzicht auf jegliche Kurskorrekturen; nur sollten diese an mittel- und langfristigen Wandlungen des Wirtschaftsprozesses orientiert sein.

<sup>2</sup> Diese Ungewißheit wurde auch im Jahresgutachten 1975/76 des Sachverständigenrats, Ziffer 255, betont.

Indikatoren für die Geldpolitik

	absolute Werte							Zuwachsraten in vH					
	1970	1971	1972	1973	1974	1975*)	1976*)	1971	1972	1973	1974	1975*)	1976*)
Bruttosozialprodukt nominal, Mrd. DM . . . . .	685,6	761,9	833,9	926,9	994,0	1034,1	1119	11,1	9,5	11,2	7,2	4,0	8,2
real, Mrd. DM . . . . .	529,4	545,2	563,5	592,4	595,0	572,4	595	3,0	3,4	5,1	0,4	- 3,8	4,0
„Preisindex“, 1962 = 100 . . .	129,5	139,8	148,0	156,5	167,1	180,7	188	7,9	5,9	5,7	6,8	8,1	4,0
„Masseneinkommen“ <sup>1)</sup> , Mrd. DM	323,3	358,7	395,5	433,1	476,7	525,7	552,1	11,0	10,3	9,5	10,1	10,2	5,0
Zentralbankgeldmenge <sup>2)</sup> Mrd DM	67,2	74,1	83,5	92,3	98,0	105,3	112,7	10,3	12,7	10,5	6,2	7,4	7,0
Bargeldumlauf <sup>3)</sup> , Mrd. DM . . .	36,5	39,3	43,7	47,6	50,8	55,4	58,3	7,9	11,1	9,0	6,6	9,0	5,4
Reservesoll <sup>4)</sup> , Mrd. DM . . . . .	30,7	34,8	39,8	44,7	47,2	49,9	54,4	13,3	14,2	12,4	5,6	5,8	9,0
Reservspflichtige Inlands- verbindlichkeiten, Mrd. DM . . .	283,3	318,9	362,6	403,6	426,1	456,5	489,3	12,5	13,7	11,3	5,6	7,1	7,2
Geldmenge M 1 <sup>5)</sup> , Mrd. DM . . . .	98,4	110,1	125,1	132,3	140,3	158,4	171,7	12,0	13,7	5,7	6,1	12,9	8,4
Geldmenge M 3 <sup>6)</sup> , Mrd. DM . . . .	319,8	358,2	406,3	451,2	476,8	511,8	547,6	12,0	13,4	11,1	5,7	7,3	7,0
Kapitalmarktzins <sup>7)</sup> , % p.a. . . . .	8,2	8,2	8,2	9,5	10,6	8,7	8,5	.	.	.	.	.	.
Geldmarktzins <sup>8)</sup> , % p.a. . . . .	9,3	7,1	9,99	12,0	9,8	4,9	4	.	.	.	.	.	.
„Umlaufgeschwindigkeit“ <sup>9)</sup> der Zentralbankgeldmenge . . .	10,20	10,28	5,6	10,04	10,14	9,82	9,93	0,8	- 2,9	0,6	1,0	- 3,2	1,1
der Geldmenge M 1 . . . . .	6,97	6,92	6,66	7,01	7,09	6,53	6,52	- 0,7	- 3,7	5,2	1,1	- 7,8	- 0,2
„Geldmultiplikator“ <sup>10)</sup> . . . . .	1,46	1,49	1,50	1,43	1,43	1,50	1,52	1,5	0,9	- 4,4	- 0,1	5,1	1,3

Vorbemerkung: Mit Ausnahme des Sozialprodukts und der „Masseneinkommen“ sind alle Zahlen Jahresdurchschnitte aus den monatlichen Angaben. — Für die Berechnung der Quotienten und Zuwachsraten wurden die nicht gerundeten absoluten Werte zugrunde gelegt.

1) Nettolöhne und -gehälter sowie öffentliche Einkommensübertragungen an private Haushalte. — 2) In der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank. — 3) Außerhalb der Bundesbank. — 4) Zu konstanten Reservesätzen (Basis Januar 1974). — 5) Bargeldhaltung und Sicht-einlagen inländischer Nichtbanken. — 6) Bargeldumlauf außerhalb der Bundesbank sowie reservspflichtige Inlandsverbindlichkeiten. — 7) Rendite inländischer festverzinslicher Wertpapiere im Umlauf. — 8) Satz für Dreimonatsgeld in Frankfurt/M. — 9) Bruttosozialprodukt (nominal) durch Geldmenge. — 10) Geldmenge M 1 durch Zentralbankgeldmenge.

\*) Schätzungen.

Eine monetäre Zielprojektion für 1976

Die in der Tabelle enthaltene monetäre Zielprojektion soll eine grobe Vorstellung über einige wichtige Voraussetzungen und Konsequenzen der hier gegebenen geldpolitischen Empfehlung vermitteln. Damit die Zielprojektion nicht zu kompliziert wird, soll angenommen werden, daß die Bundesbank ihren Kurs während des kommenden Jahres nicht korrigiert:

- Die Zentralbankgeldmenge expandiert im Verlauf des nächsten Jahres, d. h. vom vierten Quartal 1975 bis zum vierten Quartal 1976, um 8 vH. Dies entspricht — da der „Überhang“ im vierten Quartal 1975 voraussichtlich 3 vH beträgt — einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von etwa 7 vH.
- Das nominale Sozialprodukt nimmt von IV/75 bis IV/76 um 10 vH zu (Jahresdurchschnitt 1976/75: reichlich 8 vH).
- Der Preisauftrieb läßt weiter nach. Unterstellt man, daß der Staat eine flexible Verschuldungspolitik betreibt, so kann erwartet werden, daß es nicht zu neuen Vertrauenskrisen auf dem Kapitalmarkt kommt. Haushalte, Unternehmen und Finanzierungsinstitute werden verstärkt Wertpapiere kaufen, der Kapitalmarktzins wird sinken oder sich zumindest auf dem gegenwärtigen Niveau von 8 1/2 % stabilisieren.

— Die Geldmenge M1 nimmt im Jahresverlauf um 8 bis 9 vH zu (Jahresdurchschnitt: 8 1/2 vH); dabei ist vorausgesetzt, daß das Unsicherheitsmotiv für die überhöhte Kassenhaltung mit der Stabilisierung von Konjunktur und Kapitalmarkt an Bedeutung verliert. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird im Jahresverlauf leicht zunehmen und im Jahresdurchschnitt nur wenig unter der von 1975 liegen.

— Der Geldmultiplikator wird im Jahresverlauf kaum noch steigen; aber auch die jahresdurchschnittliche Zunahme wird nicht mehr so groß sein wie zuvor.

Im Verlauf des Jahres 1975 nahm der Bestand der Kreditinstitute an unausgenutzten Rediskontkontingenten auf 15 bis 20 Mrd. DM zu: Die Banken zahlten Notenbankkredite zurück, und die Bundesbank stockte im Oktober die Kontingente um 3 Mrd. DM auf. Damit scheint ein beträchtliches Inflationspotential aufgebaut worden zu sein. In Wirklichkeit ist diese Sorge aber unbegründet. Jede Bank weiß, daß die Bundesbank die Rediskontkontingente notfalls rigoros kürzt, wenn die monetäre Expansion zu stark wird. Damit ist es überhaupt fragwürdig, unausgenutzte Rediskontkontingente als Teil der freien Liquiditätsreserven anzusehen. Nur wenn es sich um echte Kreditlinien handelte, wäre dies gerechtfertigt.

# Staatshaushalt 1976

## Nochmals hohes Defizit trotz steigender Steuereinnahmen

Für 1975 ist im öffentlichen Gesamthaushalt (einschließlich Sozialversicherung) eine Finanzierungslücke von 70 Mrd. DM zu erwarten. Aus konjunkturpolitischen Gründen war dieser Ausgabenüberschuß des Staates unvermeidlich; damit haben die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung dem konjunkturellen Einbruch entgegengewirkt. Besondere Kennzeichen der Haushaltsplanungen 1976 sind anhaltend hohe Budgetdefizite trotz wieder steigender Steuereinnahmen und deutlich reduzierter Ausgabensteigerungen. Während das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften nahezu unverändert bleiben wird, ist in der Sozialversicherung mit einem kräftigen Anstieg der Deckungslücke zu rechnen. Der Staatssektor wird daher im kommenden Jahr insgesamt einen noch höheren Ausgabenüberschuß aufweisen als 1975.

### Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Jahre 1975

Die ungewöhnliche Vergrößerung des Haushaltsdefizits in diesem Jahr von 16 Mrd. DM auf 70 Mrd. DM ist zum weitaus größten Teil auf die rezessionsbedingten Steuerausfälle bei enorm gestiegenen Transferzahlungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter sowie die Steuer- und Kindergeldreform zurückzuführen. Nur zum geringeren Teil ist sie Ergebnis bewußt antizyklischer Finanzpolitik. Erstmals seit

1950 liegen die gesamten Einnahmen der Gebietskörperschaften unter Vorjahresniveau. Bestimmt wurde dieser Rückgang primär durch die starke Verlangsamung der allgemeinen Einkommensexpansion.

Für das laufende Jahr ist damit zu rechnen, daß die Lohnsteuer mit einem Aufkommen von rund 72 Mrd. DM (in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) um fast 5 vH hinter dem Vorjahresergebnis zurückbleiben wird, obwohl die

### Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften

	in Mrd. DM				Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH		
	1973	1974	1975 <sup>1)</sup>	1976 <sup>1)</sup>	1974	1975	1976
<b>Einnahmen</b>							
Steuern <sup>2)</sup>	231,13	247,15	242,0	261,0	6,9	- 2,1	8
Erwerbseinkünfte	6,61	7,35	7,7	8,3	8,3	4,8	8
Sonstige laufende Übertragungen	6,89	7,63	8,4	9,0	10,7	10,1	7
Empfangene Vermögensübertragungen	3,30	3,50	3,7	4,0	6,1	5,7	8
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>247,93</b>	<b>265,63</b>	<b>261,8</b>	<b>282,3</b>	<b>7,1</b>	<b>- 1,4</b>	<b>8</b>
<b>Ausgaben</b>							
Staatsverbrauch	122,69	141,92	154,0	162,2	15,7	8,5	5,5
darunter Personalausgaben	86,97	100,65	108,7	114,3	15,7	8,0	5
Zinsen	9,80	11,56	14,3	19,0	18,0	23,7	33
Laufende Übertragungen an	69,41	73,27	100,7	102,8	5,6	37,4	2
Private Haushalte <sup>3)</sup>	22,37	24,63	39,0	41,5	10,1	58,3	6,5
Unternehmen	14,06	13,81	15,0	15,0	- 1,8	8,6	0
Sozialversicherung	24,01	26,55	36,0	35,0	10,6	35,6	- 3
Ausland	8,97	8,28	10,7	11,3	- 7,7	29,2	5,5
Nettoinvestitionen <sup>4)</sup>	29,76	32,98	32,7	33,8	10,8	- 0,8	3,5
Geleistete Vermögensübertragungen <sup>5)</sup>	19,29	22,18	24,2	29,2	15,0	9,1	21
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>250,96</b>	<b>281,91</b>	<b>325,9</b>	<b>347,0</b>	<b>12,5</b>	<b>15,6</b>	<b>6,5</b>
Finanzierungssaldo Gebietskörperschaften <sup>6)</sup>	- 3,03	- 16,28	- 64,1	- 64,7			
Nachrichtlich: Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	+ 13,80	+ 4,41	- 4,5	- 12,6			

1) Eigene Schätzung. – 2) Einschließlich Stabilitätsabgabe und Investitionssteuer. – 3) Einschließlich Zahlungen des Kindergeldes (Familienlastenausgleich) ab 1. 1. 1975. – 4) Hierbei handelt es sich um revidierte, stärker an die Ergebnisse der Kassenstatistiken angepaßte Werte. Die Daten der Bauleistungen werden ab 1972 mit den Zuwachsraten der Finanzstatistik fortgeschrieben. Dementsprechend haben sich die Nettoinvestitionen des Staates in der VWGR, die sich nachdem Zeitpunkt der Leistungsstehung richten, gegenüber den amtlichen Zahlen erhöht: 1972: + 1,88 Mrd. DM, 1973: + 2,91 Mrd. DM, 1974: + 0,78 Mrd. DM. (Vgl. auch: „Entwicklung der öffentlichen Investitionen seit 1970“, Bearb.: B. Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 46/1974, S. 403 ff.). – 5) Einschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974. – 6) Summe aller Einnahmen ohne Brutokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

Bruttolohn- und -gehaltsumme noch um 3 vH zunimmt. Statt der üblichen Aufkommenselastizität (Zuwachs der Lohnsteuer im Verhältnis zum Zuwachs der Bruttolohn- und -gehaltsumme) von + 1,8 ergibt sich in diesem Jahr ein negativer Wert (– 1,5). Entscheidend für diese Änderung ist die Steuerreform, die zu größeren Ausfällen geführt hat als ursprünglich angenommen.

Die besonders konjunkturabhängigen Gewinnsteuern reagierten schon Ende 1974 deutlich auf die wirtschaftliche Talfahrt; in diesem Jahr wird ihr Aufkommen um 9 vH niedriger ausfallen als 1974. Maßgeblich für diesen Einnahmenschwund sind der Verlauf bei der Körperschaftsteuer (– 10 vH) sowie der Wegfall des Konjunktur- bzw. Stabilitätzuschlags und der Ergänzungsabgabe für natürliche Personen. Offenbar passen sich die Unternehmer in ihren Vorauszahlungen den gesunkenen Ertragserwartungen an. Ein Teil der Mindereinnahmen im Körperschaftsteueraufkommen läßt sich allerdings auch darauf zurückführen, daß das Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung den Unternehmen die Bildung erhöhter Pensionsrückstellungen ermöglicht; vom Bundesfinanzministerium wurden diese Steuerfälle für 1975 und 1976 mit jeweils 900 Mill. DM angesetzt. Hingegen weisen die Kasseneingänge der veranlagten Einkommensteuer einen leichten Zuwachs auf, obwohl sich auch hier Auswirkungen der Steuerreform (Veranlagte, die nur Einkünfte aus

nichtselbständiger Arbeit haben, wurden von Vorauszahlungen zur Einkommensteuer befreit) bemerkbar machen. Zu vermuten ist, daß der Fiskus in Zeiten spärlich fließender Einnahmen verstärkt Steuerrückstände eintreibt. Auch ist die veranlagte Einkommensteuer nicht so abrupten konjunkturellen Schwankungen unterworfen wie die Körperschaftsteuer, da viele Selbständige, insbesondere im Handel und in den Dienstleistungsbereichen, auch in der Rezession noch steigende Einkünfte erzielen.

Nur schwach zunehmen werden die indirekten Steuern (2 vH); dies ist sowohl Reflex der verhaltenen privaten Konsumnachfrage als auch der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung (Gewerbsteuer). Allerdings weisen die Kasseneingänge der Mehrwertsteuer seit dem Sommer eine deutlich nach oben gerichtete Tendenz auf. Während im ersten Halbjahr lediglich Mehreinnahmen in Höhe von 2,8 vH erzielt wurden, hat sich ihr Anstieg von Juli bis Oktober gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum auf 15 vH beschleunigt. Bei der Einfuhrumsatzsteuer dagegen ist ein erheblicher Rückgang zu beobachten. Hat sich ihre Zunahme schon im ersten Halbjahr deutlich verringert (knapp 2 vH), so liegt ihr Aufkommen von Juli bis Oktober gar um 4,3 vH unter dem des vergleichbaren Zeitraums 1974. Insgesamt werden die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz (ohne Investitionssteuer) gegenüber dem Vorjahr schätzungsweise um knapp 4 vH zunehmen und

Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens<sup>1)</sup> in der Bundesrepublik Deutschland 1973 bis 1976

	Steueraufkommen in Mrd. DM				Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH		
	1973	1974	1975 <sup>2)</sup>	1976 <sup>2)</sup>	1974	1975	1976
<b>Direkte Steuern</b>	<b>114,68</b>	<b>127,10</b>	<b>119,5</b>	<b>132,2</b>	<b>10,8</b>	<b>– 6,0</b>	<b>10,5</b>
Lohnsteuer <sup>3)</sup> . . . . .	64,92	76,04	72,6	83,5	17,1	– 4,6	15
Gewinnsteuern . . . . .	47,03	48,23	44,0	45,7	2,6	– 8,8	4
davon Einkommensteuer . . . . .	26,45	26,79	27,2	28,2	1,3	1,5	3,5
Körperschaftsteuer <sup>4)</sup> . . . . .	10,89	10,40	9,4	8,5	– 4,5	– 9,6	1
Sonstige <sup>4)</sup> . . . . .	9,69	11,04	7,4	8,0	13,9	– 33,0	8
Direkte Steuern auf privaten Verbrauch <sup>5)</sup> . . . . .	2,73	2,83	2,9	3,0	3,7	2,5	3,5
<b>Indirekte Steuern</b>	<b>116,45</b>	<b>120,05</b>	<b>122,5</b>	<b>128,8</b>	<b>3,1</b>	<b>2,0</b>	<b>5</b>
Umsatzsteuer . . . . .	49,82	51,91	53,8	57,9	4,2	3,6	7,5
Verbrauchssteuern und Zölle . . . . .	35,01	34,80	35,4	36,1	– 0,6	1,7	2
Gewerbsteuer . . . . .	17,78	18,78	18,0	18,4	5,6	– 4,2	2
Sonstige . . . . .	13,84	14,56	15,3	16,4	5,2	5,1	7
<b>Steuern insgesamt</b>	<b>231,13</b>	<b>247,15</b>	<b>242,0</b>	<b>261,0</b>	<b>6,9</b>	<b>– 2,1</b>	<b>8</b>

1) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – 2) Eigene Schätzung. – 3) Einschließlich Lohnsteuer der Grenzländer. – 4) Kuponsteuer, Vermögenssteuer, Ergänzungsabgabe und Lastenausgleichsabgaben sowie Konjunktur- bzw. Stabilitätzuschlag. – 5) Kfz-Steuer der privaten Haushalte, Jagd- und Fischereisteuer.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

damit — anders als 1974 — dem Zuwachs des nominalen Sozialprodukts entsprechen.

Die speziellen Verbrauchssteuern werden nur schwach expandieren; die bedeutsamste Steigerung ist — bei allerdings niedrigem Vorjahrsniveau — bei der Mineralölsteuer zu verzeichnen. Hauptursache für diese Entwicklung sind weniger die konjunkturellen Einflüsse, als vielmehr die immer geringer werdende Einkommenselastizität der Nachfrage (Sättigungsgrenze) und die überwiegend mengenorientierte Besteuerung.

### **Hoher Ausgabenanstieg stützt Konjunktur**

Der Haushaltsvollzug der Gebietskörperschaften ist in diesem Jahr durch kräftige und damit konjunkturstützende Ausgabensteigerungen gekennzeichnet (16 vH). Allerdings ergibt sich für die einzelnen Ausgabekategorien ein differenziertes Bild: Die Käufe von Gütern und Dienstleistungen nehmen mit 9 vH deutlich schwächer zu als im Vorjahr, während die laufenden Übertragungen an private Haushalte durch die Kindergeldreform und an die Sozialversicherung aufgrund der Liquiditätshilfen an die Bundesanstalt für Arbeit um fast 50 vH steigen.

Enttäuscht hat hingegen das Investitionsverhalten der Gebietskörperschaften, das eindeutig im Widerspruch zu den konjunkturpolitischen Erfordernissen steht. 1975 werden die staatlichen Bruttoinvestitionen real unter dem Vorjahrsniveau liegen und damit wie schon in der Rezession 1967 prozyklisch wirken. Trotz der im September und Dezember 1974 verabschiedeten Konjunkturprogramme, die inzwischen vollständig abgewickelt sind und mit rund 2,7 Mrd. DM die öffentliche Investitionstätigkeit fördern sollten, ist der starke konjunkturelle Rückgang der privaten Nachfrage auf dem Bausektor von der öffentlichen Hand nicht nur nicht kompensiert, sondern sogar verstärkt worden. Zu vermuten ist, daß ohnehin geplante Investitionsvorhaben über die Konjunkturprogramme finanziert wurden und daß insbesondere bei den Gemeinden, dem Hauptinvestor der öffentlichen Hand, Projekte auch dem Rotstift zum Opfer fielen.

Abermals zeigt sich: Eine konsequente anti-zyklische Budgetpolitik hat — soweit sie auf der Ausgabenseite ansetzt — in einer ernsten Bewährungsprobe nicht zuletzt aus institutionellen Gründen wenig Aussicht auf Realisierung. Konjunkturstützende Wirkungen gehen in diesem Jahr nahezu allein von den automatischen Stabilisatoren des Sozialversicherungssystems und von der Kindergeld- und Steuerreform aus, wobei allerdings ein großer Teil dieser zusätzlichen Einkommen von den privaten Haushalten aus Vorsichtsgründen gespart, d. h. nicht nachfragewirksam wurde.

### **Haushaltspläne 1976: Stark steigendes Lohnsteuer-aufkommen, mäßige Ausgabenerhöhungen**

Die vorliegenden Entwürfe zu den Haushaltsplänen 1976 sind von dem Bemühen um äußerste Sparsamkeit gekennzeichnet. Für das kommende Jahr ist mit einer verhältnismäßig kräftigen Zunahme (8 vH) der Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden zu rechnen, während ihre Ausgaben mit 6 vH deutlich schwächer als in den Vorjahren steigen dürften. Ohne die Auszahlungen der Investitionszulage ist die Zuwachsrate der Ausgaben noch um einen Prozentpunkt niedriger. Trotzdem wird sich die Finanzierungsposition der Gebietskörperschaften wegen des bestehenden Niveauunterschieds zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht verbessern.

Ungewöhnlich stark dürfte die Lohnsteuer zunehmen (15 vH), ihre Aufkommenselastizität wird voraussichtlich mit 2,5 einen Rekordwert erreichen. Dies ist weitgehend die Folge niedriger Erstattungen im Lohnsteuerjahresausgleich, da ein wesentlicher Teil der früher im Jahresausgleich geltend gemachten Sonderausgaben durch die Einführung der Vorsorgepauschale schon beim laufenden Steuerabzug 1975 berücksichtigt worden ist. Ohne diesen einmaligen Effekt in Höhe von über 3 Mrd. DM würde sich die Aufkommenselastizität in der gleichen Größenordnung wie vor Inkrafttreten der Steuerreform bewegen (1,85); die Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme ist für das nächste Jahr mit etwa 6 vH zu veranschlagen.

Steigende Tendenz werden auch wieder die Gewinnsteuern haben (vor Abzug der Investitionszulage), für die ein Zuwachs von 4 vH geschätzt wird. Allerdings ist diese Aussage insbesondere für die Körperschaftsteuer mit Risiken verbunden. Nur schwer zu erfassen sind die Möglichkeiten zur Bildung von Verlustvorträgen und erhöhten Pensionsrückstellungen sowie die Strategie der Gewinnausschüttungen der Unternehmen. Wird bei gesunkenen Erträgen ein relativ größerer Gewinnanteil ausgeschüttet (Prinzip der Dividendenkontinuität), so ist die Steuerbelastung bedeutend geringer als im Falle der Gewinnthesaurierung. Aufkommenserhöhend (rund 280 Mill. DM) wirken indes die Beschlüsse der Bundesregierung über die Beseitigung von Steuervergünstigungen für Sparkassen und andere Kreditinstitute.

Für die veranlagte Einkommensteuer wird ein Anstieg um 3 1/2 vH unterstellt; auch hier dürften sich durch die Einführung der Vorsorgepauschale bereits beim Steuerabzug die Erstattungen im Rahmen von Arbeitnehmerveranlagungen vermindern. Für ein nur leicht steigendes Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer spricht die geringe Zunahme des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und

Vermögen im Veranlagungszeitraum 1974. Hingegen ist anzunehmen, daß der Fiskus auch 1976 verstärkt Steuerrückstände eintreiben wird.

Für das kassenmäßige Aufkommen der Steuern vom Umsatz (+ 8 vH) wird ein etwa paralleler Verlauf zur Sozialproduktentwicklung unterstellt. Einnahmeverbesserungen von über 200 Mill. DM ergeben sich für 1976 aus den Beschlüssen der Bundesregierung über den stufenweisen Abbau des Aufwertungsausgleichs für die Landwirtschaft. Die mengenorientierten Verbrauchssteuern werden deutlich unterproportional (2 vH) steigen; auch die Gewerbesteuer dürfte — ähnlich wie Einkommen- und Körperschaftsteuer — kaum Mehreinnahmen (2 vH) bringen.

### **Dynamik der Personalkostenexpansion gebrochen . . .**

Wegen der hohen Defizite werden die Gebietskörperschaften im kommenden Jahr versuchen, die Ausgabenexpansion in engen Grenzen zu halten. So wird sich der Anstieg des Staatsverbrauchs (Personalkosten und laufender Sachaufwand) voraussichtlich abermals deutlich — auf 5 vH — abschwächen. Für diese Größenordnung sprechen folgende Annahmen:

- Tarifabschlüsse, die sich höchstens im Rahmen des Anstiegs der Lebenshaltungskosten bewegen;
- Einschränkung der Personaleinstellungen (Zuwachs 1975: fast 2 vH);
- weitere Abschwächung des Preisanstiegs für Sachkäufe sowie
- Auswirkungen der beabsichtigten sparsamen Haushaltsführung, die sich haushaltstechnisch zum großen Teil in der „globalen Minderausgabe“ wiederfinden.

Dabei dürfte der Anstieg der Personalkosten im nächsten Jahr durch den am 1. 12. 1975 in Kraft tretenden neuen Manteltarifvertrag im öffentlichen Dienst um mindestens einen Prozentpunkt nach oben beeinflusst werden. Ob diese Erhöhung, die sich in der sogenannten Strukturkomponente niederschlägt, beim Tarifabschluß berücksichtigt wird, bleibt abzuwarten.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur hat die Bundesregierung Signale gesetzt, indem sie mittels „einschneidender Ausgabekürzungen“ eine schrittweise Reduzierung der öffentlichen Defizite herbeiführen will. Neben Verbesserungen auf der Einnahmenseite (Abbau von Steuervergünstigungen u. a.) in Höhe von etwa einer Milliarde DM sollen im nächsten Jahr bei Bund, Ländern und Gemeinden auf der Ausgabenseite fast 14 Mrd. DM eingespart werden:

- Verminderung der Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit durch die geplante Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 2 auf 3 vH (Einsparung 1976: 3,8 Mrd. DM);
- nicht spezifizierte Ausgabekürzungen gegenüber dem bisher geltenden Finanzplan des Bundes in Höhe von 5,1 Mrd. DM („fiktive Einsparungen“);
- „nichtgesetzliche“ Kürzungen von 650 Mill. DM im öffentlichen Dienst, 300 Mill. DM durch Subventionsabbau sowie 800 Mill. DM als globale Minderausgabe;
- Ausgabekürzungen auf der Grundlage des Haushaltsstrukturgesetzes, beim Bund 1,7 Mrd. DM, bei Ländern und Gemeinden 400 Mill. DM. Sie betreffen ebenfalls den öffentlichen Dienst (750 Mill. DM), daneben die Arbeitsförderung (750 Mill. DM) und die Ausbildungsförderung (530 Mill. DM).

Diese Einsparungen beeinflussen neben den Personalaufwendungen insbesondere die laufenden Transferzahlungen, die nach einem Zuwachs von fast 40 vH in diesem Jahr kaum noch zunehmen werden: Die Kindergeldzahlungen bleiben nahezu konstant, die Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit werden — wie mit der Beitragserhöhung und Einschränkung der Arbeitsförderung beabsichtigt — unter dem Niveau des laufenden Jahres liegen. Ebenso ist nicht damit zu rechnen, daß die direkten Subventionen steigen. Kräftig erhöhen werden sich hingegen die vom Staat geleisteten Vermögensübertragungen (20 vH) als Folge der verschiedenen Konjunkturprogramme der Bundesregierung. Allein 3,7 Mrd. DM Mehrausgaben sind infolge der 1976 fällig werdenden Auszahlung der Investitionszulage zu erwarten, deren Gesamtvolumen bis 1979 auf nahezu 7 Mrd. DM veranschlagt wurde.

Sprunghaft steigen werden nach der enormen Erhöhung der Staatsschuld auch die Zinszahlungen. Sie werden besonders in den nächsten Jahren die Entwicklung der laufenden Ausgaben mit prägen; schon 1976 liegt der Anteil der Zinsen an diesen Ausgaben bei sieben Prozent (1974: 5 vH).

### **. . . doch abermals nur mäßige Investitionstätigkeit**

Soweit die Investitionsplanungen für das Jahr 1976 bekannt sind, sind auch sie — trotz des Konjunkturprogramms der Bundesregierung vom August 1975 — restriktiv ausgerichtet. Dieses Konjunkturprogramm ist insbesondere als Hilfsprogramm für die Bauwirtschaft gedacht und soll im wesentlichen aus der Konjunkturausgleichsrücklage finanziert werden. Von den insgesamt 5,7 Mrd. DM sind über 3 Mrd. DM für unmittelbare Investitionen der öffentlichen Hand vorgesehen. Daneben gewährt der Bund 1,7 Mrd. DM

Investitionen der Gebietskörperschaften<sup>1)</sup>

	in Mrd. DM				Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH		
	1973	1974	1975 <sup>2)</sup>	1976 <sup>2)</sup>	1974	1975	1976
zu jeweiligen Preisen							
Neue Bauten <sup>1)</sup> . . . . .	29,10	32,00	31,7	33,0	10,0	- 1,0	4
Gründerwerb -/., Verkäufe von Land . . . . .	2,05	2,32	2,5	2,6	13,2	7,8	4
Neue Ausrüstungen . . . . .	4,09	4,87	5,3	5,6	19,1	8,8	5,5
Kauf -/., Verkauf gebrauchter Anlagen . . . . .	- 0,08	- 0,08	- 0,1	- 0,1			
Bruttoinvestitionen . . . . .	35,16	39,11	39,4	41,1	11,2	0,7	4
-/., Abschreibungen . . . . .	5,40	6,13	6,7	7,3	13,5	9,3	9
Nettoinvestitionen . . . . .	29,76	32,98	32,7	33,8	10,8	- 0,8	3,5
zu konstanten Preisen							
Bauinvestitionen . . . . .	19,51	19,84	19,4	19,8	1,7	- 2,2	2
Ausrüstungsinvestitionen . . . . .	2,62	2,91	3,0	3,0	11,1	3,1	± 0
Bruttoinvestitionen . . . . .	22,13	22,75	22,4	22,8	2,8	- 1,5	2
nachrichtlich: Preisentwicklung (1962 = 100)							
Bauten . . . . .	159,70	173,01	176,2	179,9	8,3	1,8	2
Ausrüstungen . . . . .	153,21	164,70	175,4	182,4	7,5	6,5	4

<sup>1)</sup> In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — <sup>2)</sup> Eigene Schätzung. — <sup>3)</sup> Vgl. hierzu Fußnote <sup>4)</sup> der Haupttabelle auf Seite 407.  
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

Investitionszuschüsse sowie Zinsverbilligungen und Darlehen von zusammen 0,7 Mrd.

Zwar nehmen die Nettoinvestitionen des Staates<sup>1)</sup> — weitgehend als Folge des Konjunkturprogramms — mit nominal 3,5 vH noch leicht zu, real bedeutet dies aber Stagnation. Im Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 1976 bleiben die Sachinvestitionen — in kassenmäßiger Abgrenzung — um 7 vH hinter dem Vorjahresniveau zurück. Auch die Zuweisungen für Investitionsvorhaben der Länder und Kommunen nehmen danach um 5 vH ab. Zu vermuten ist daher, daß sich diese wegen fehlender Finanzhilfen auch im nächsten Jahr mit Investitionsmaßnahmen zurückhalten und ohnehin geplante Projekte wiederum über das Konjunkturprogramm finanzieren. So weisen die vorläufigen Haushaltspläne der einzelnen Bundesländer, soweit sie bekannt sind, lediglich einen Anstieg der Investitionen um 3 vH auf.

**Zielkonflikt: Expansion und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte**

Mit einer restriktiven Ausrichtung läuft die Finanzpolitik Gefahr, die bisher nur schwachen konjunkturellen Auftriebskräfte frühzeitig zum Erlahmen zu bringen und die Lösung des Hauptproblems der nächsten Jahre — die Wiederherstellung eines hohen Beschäftigungsgrades — in Frage zu stellen. Ein forciertes Abbau der hohen Ausgabenüberschüsse ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht ratsam. Insbesondere eine Ausweitung der investiven Ausgaben als Stütze der Konjunktur und Beschäftigung ist für 1976 nicht minder wichtig als bisher. Einsparungen auf der Ausgabenseite können recht

schnell zu Ausfällen bei Steuern und Sozialabgaben führen. Auch sind strukturpolitische Aspekte zu beachten, zumal die öffentliche Infrastruktur selbst in entscheidender Weise Bedingungen für das Wirtschaftswachstum setzt. Erst in einem anhaltenden, von reger Investitionstätigkeit getragenen Wachstumsprozeß können die hohen Defizite, dann aber verhältnismäßig leicht, auf ein vertretbares Niveau zurückgeführt werden.

Von den vorgesehenen Haushaltskürzungen wird neben dem öffentlichen Dienst insbesondere der Sozialbereich getroffen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, die im nächsten Jahr noch bestehen wird, erscheint es fraglich, ob die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit auf dem Sektor der Umschulung und Fortbildung schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt eingeschränkt werden sollen. Die geplante Kürzung von Leistungen im Rahmen der Ausbildungsförderung um ein Sechstel (Gesamtvolumen 1975: 3 Mrd. DM) treffen ebenfalls hauptsächlich sozial schwächer gestellte Bevölkerungsgruppen. Hingegen sind die Einsparungen im öffentlichen Dienst oder der Subventionsabbau in der Landwirtschaft durchaus gerechtfertigt, handelt es sich hierbei doch zum größten Teil um Korrekturen offenkundiger Fehlentwicklungen.

Auch wenn sich in jüngster Zeit eine gewisse konjunkturelle Belebung der Gesamtwirtschaft abzeichnet, muß situationsgerechte Finanzpolitik mit

<sup>1)</sup> Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Hier werden die Investitionen zum Zeitpunkt der Leistungsentstehung (Produktion) erfaßt, in der Finanzstatistik (Haushaltsrechnung) dagegen zum Zeitpunkt ihrer Ausgabewirksamkeit.

expansiver Finanzpolitik gleichgesetzt werden. Die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte dürfen also nicht an der falschen Stelle und zum falschen Zeitpunkt einsetzen. Nicht das nächste Jahr, sondern 1977 wird zum Jahr der Sanierung werden müssen. Bei wieder günstigem Konjunktur-

verlauf wird sich dann die Finanzsituation deutlich verbessern, das Defizit erheblich sinken. Auch bei einer anhaltenden konjunkturellen Belebung wird sich die Haushaltslücke jedoch nicht automatisch auf die in der Vergangenheit üblichen Relationen zurückbilden.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Beiträge zur Strukturforschung

- Heft 29 **Ausbildungsqualifikation und Arbeitsmarkt.** Vorausschau auf das langfristige Arbeitskräfte- und Bildungspotential in West-Berlin. Von A. Hegelheimer und G. Weißhuhn. 208 S. u. Tab. 1974. DM 116,—.
- Heft 30 **Intersektoraler Strukturvergleich zur Ermittlung von Schlüsselsektoren.** Empirische Ergebnisse für asiatische Entwicklungsländer anhand einheitlich aggregierter Input-Output-Tabellen. Von S. Schultz. 104 S. 1974. DM 38,60.
- Heft 31 **Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975.** Von G. Göseke und K.-D. Bedau, EDV-Programmierung: H. Klatt. 212 S. 1974. DM 68,80.
- Heft 32 **Zum Verbund von Lernorten in der Berufsausbildung.** – Organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen der Verbindung von Oberstufenzentren mit Ausbildungsstätten in Berlin (West). Von W. Jeschek und W. Fritz. 98 S. 1974. DM 39,60.
- Heft 33 **Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltenergiemarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 293 S. 1974. DM 118,—.
- Heft 34 **Berufsfeldplanung für die Sekundarstufe II. – Die Entwicklung der Berufsfeld- und Ausbildungsstrukturen für die Absolventen und Abgänger der Sekundarstufe II in Berlin (West) bis zum Jahre 1982.** Von K.-P. Gaulke und G. Weißhuhn unter Mitarbeit von M. Kohues. 128 S. 1975. DM 49,80.
- Heft 35 **Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990.** Von H. Birg. 300 S. 1975. DM 98,—.
- Heft 36 **Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972.** Von N. Engler. 66 S. 1975. DM 22,60.
- Heft 37 **Wertschöpfungspräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz.** Ergebnisse einer ersten Erfolgskontrolle. Von Peter Ring. 88 S. 1975. DM 36,60.
- Im Druck:
- Heft 38 **Input-Output-Rechnung für die Bundesrepublik Deutschland 1972.** Von R. Pischner, R. Stäglin und H. Wessels.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5  
Tel. (030) 8 29 11 – telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chèvalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter  
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich  
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Wie soll sich die Deutsche Bundesbank 1976 verhalten?* bearbeitet von Reinhard Pohl. —  
*Staatshaushalt 1976* bearbeitet von Dieter Vesper.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Bürotechnik Berlin, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.